Rat und Verwaltung

Rat und Verwaltung: Politikverdrossenheit der Juister erschüttert Wählergemeinschaft

Beigetragen von S.Erdmann am 09. Sep 2011 - 17:59 Uhr

Die Mitglieder der Freien Wählergemeinschaft "Pro Juist" zeigten sich am Donnerstagabend erschüttert über die Politikverdrossenheit der Insulaner: Obwohl man in der Einladung zu einem offenen Dialog absichtlich ziemlich provozierende Fragen in den Raum gestellt hatte, fanden sich lediglich neun interessierte Bürger im "Kompass" ein. Die Wählergemeinschaft appelliert deshalb noch mal an alle wahlberechtigten Einwohner, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und am Sonntag zur Wahl zu gehen.

Bevor sich die sieben Kandidaten einmal selbst kurz vorstellten, führte Julia Kimmel, die den Abend moderierte, noch einmal den Anlass für die Gründung von "Pro Juist" aus. Dieses ging im Vormonat sehr schnell, nachdem man nicht wusste, wie viel Kandidaten die Grünen auf die Liste bekommen und ob die SPD überhaupt antritt, d. h. nur die CDU stand mit einer großen Kandidatenzahl in den Startlöchern. Da man Angst hatte vor einem Ein-Partien-Rat mit entsprechend wenig Transparenz entschloss man sich zur Gründung, nachdem sich erfreulicherweise Kandidaten für den Gemeinderat fanden.

Da die Personen und Interessen der Kandidaten sehr unterschiedlich seien, hätte man diese auch nicht in eine Partei einbinden können, so bot sich eine Wählergemeinschaft geradezu an. Derzeit gibt es kaum vorgefertigte Meinungen, sondern lediglich Strömungen, so Meint Habbinga. Deshalb würde man auch nach den Wahlen gerne diese offenen Dialoge bzw. politische Stammtische mit den Bürgern weiter führen.

Als großes Problem zeigte sich auch an diesem Abend wieder die derzeit vorherrschende Immobilienflucht. Zu immer höheren Preisen kaufen Festländer sich auf der Insel ein, die Einheimischen bleiben auf der Strecke. Man müsse Mittel und Wege finden, damit zukünftig Juister hier bleiben können und neue Familien, die hier ganzjährig leben und arbeiten wollen, einen Anreiz hätten, hierher zu kommen.

Auch über das Problem der immer mehr zunehmenden Fahrräder wurde gesprochen. Man solle noch mal über eine Sperrung bestimmter Straßen im Ort während der Hauptsaison nachdenken. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass es in den letzten Jahren viele Unfälle nachts auf der Flugplatzstraße gegeben hatte, weil diese immer noch völlig unbeleuchtet sei. Auch die Verunreinigung der Straßen wurde angesprochen. Ein Anwohner der Dellertstraße weis darauf hin, dass in seiner Nähe ein Speditionsbetrieb sei, die Mengen Pferdemist, die er als Eckhausbesitzer zu entsorgen hätte, nehmen beängstigende Formen an.

Zum Thema "Stundennachweis für Gemeindemitarbeiter" stellte Ralf Lüpkes klar, dass es der WG keineswegs darum ginge, Mitarbeiter zu kontrollieren. Vielmehr biete das neue Dopik-System die Möglichkeit einer besseren Kostenkontrolle und Verteilung, z. B. zwischen Gemeinde und Eigenbetrieben.

Skeptisch zeigte sich die WG auch zum Bau der Sauna. Zwar bestehe Handlungsbedarf, jedoch sei dieser Entwurf zu schnell gestrickt worden. Außerdem bezweifelt man die vorgelegten Besucherzahlen. Lüpkes: "Die Töwercard hatte man auch mit dem Argument 30 Prozent Kurtaxenhinterzieher eingeführt. Tatsächlich waren es mal gerade 11 Prozent."

Befremdet sei man auch über den Antrag der CDU in der Frage der zukünftigen Nutzung der vorderen Räume des ehemaligen Postgebäudes. Ein Zuhörer, der mit dem Hauseigentümer befreundet ist, berichtete dazu, dass man die Räumlichkeiten der Gemeinde zur Anpachtung und Nutzung angeboten hat, diese habe indes abgelehnt. Deshalb habe man sich einen anderen Pächter gesucht, wobei es sich sogar um einen Juister handelt, der zudem in einen notwendigen Umbau, behindertenberechten Zugang usw. investieren will. Diese Planungen sind bereits recht weit fortgeschritten, man können ihn und dem Hauseigentümer jetzt nicht mehr durch solche Anträge Knüppel zwischen die Beine werfen.